№ 8. 1831.

Zeitung des Großherzogthums Posen.

Im Verlage der Hofbuchdruckerei von W. Decker & Comp. Redakteur: G. Müller.

Dienstag den 11. Januar.

Inland.

Berlin den 7. Januar. Se. Majestät der König haben dem Ober-Pfarrer M. Ueberschaar zu Schönberg in Schlesien, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen geruhet.

Des Königs Majestät haben geruht, den Land-gerichts-Rath Lütgert zu Düsseldorf, zum Rath bei dem Ober-Landesgerichte zu Breslau zu ernennen.

Ihre Königl. Hoheiten der Erb-Großherzog und die Erb-Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin sind von Ludwigslust hier eingetroffen, und auf dem Königl. Schlosse in die für Höchstdieselben in Bereitschaft gesetzten Zimmer abgestiegen.

Der Päpstliche Kabinets-Kourier Poncini ist, von St. Petersburg kommend, über Wien nach Rom hier durchgegangen.

Der General-Major und Commandeur der 3ten Infanterie-Brigade, v. Rüchel-Kleist, ist von Stettin hier angekommen, und der Kaiserl. Russ. Feldjäger Guntaschwill, als Kourier von Paris kommend, hier durch nach St. Petersburg gegangen.

Ausland.

Königreich Polen.

Warschau den 31. December. Hiesige Blätter melden: „Die Gränze zwischen Terespol und Brzesc-Litewski ist jetzt streng geschlossen. Reisende, welche von ersterem Orte in der vergangenen Woche nach Rußland wollten, sind zurückgekehrt, weil sie nicht durchgelassen wurden. — Ein Theil der Polnischen Remontepferde ist in die Hände der Russen gefallen; doch sind, dem Vernehmen zufolge, noch einige andere Pferde-Transporte hier angelangt, und außerdem sollen nahe an 100 Kosakenpferde in der Wojewodschaft Lublin aufgebracht worden seyn.“

Fast alle öffentlichen Blätter beschweren sich über die Unvollständigkeit, in welcher die Wahlen zu Officieren der National-Garde beinahe in allen Stadt-Bezirken Warschaus vorgenommen worden.

In Praga sind nunmehr einige Batterien fertig geworden, auf die man das Geschütz aufzuführen im Begriffe ist.

Aus Modlin wird gemeldet, daß die Festungs-Arbeiten dort thätig betrieben werden.

(Allg. Preuß. Staatszeitung.)

Frankreich.

Paris den 30. December. In der gestrigen Sitzung beschäftigte sich die Pairs-Kammer mit dem Gesetzentwurfe über die Einziehung des gemeinsamen Entschädigungs-Fonds. Der Graf v. Montalembert, der Herzog v. Choiseul, der Vicomte Dubouchage und der Graf v. Pontecoulant waren die einzigen Redner, die sich darüber vernehmen ließen. Der Erstere brachte ein Amendement des Inhalts in Antrag, daß der gedachte Fonds erst am 1. Januar 1833 anderweitig verwendet werde. Die Versammlung nahm indeß darauf keine weitere Rücksicht. Zur Widerlegung des Herrn v. Montalembert trat der Seeminister, Graf v. Argout, auf, und äußerte unter Anderm: „Der vorige Redner hat sich nicht blos mit dem uns vorliegenden Gesetzentwurfe, er hat sich auch mit Frankreichs Politik beschäftigt und die Meinung abgegeben, daß, trotz aller Versicherungen der Aufrechthaltung des Friedens, man doch über kurz oder lang zum Kriege gelangen

würde, indem Frankreichs Gebiet im Vergleiche zu dem, was es vor dem Jahre 1814 gewesen, allzusehr verkleinert worden sei. Mir scheint, daß, was den Eroberungsgeist betrifft, den der vorige Redner dem Lande zumuthet, er in einem eben so großen Irrthume, als über die Absichten der Regierung, befangen sei. Frankreich will im Innern frei, glücklich, ruhig, und nach Außen hin geachtet seyn; es will unter der von ihm beschwornen Charte leben, die ihm weit dauerhaftere Vortheile als alle Eroberungen verspricht. Einem Jeden von uns steht es allerdings frei, über Krieg und Frieden diese oder jene Meinung zu hegen; ich muß indessen wiederholen, daß, was die Regierung betrifft, ihre Hoffnungen zur Erhaltung des Friedens sich mit jedem Tage mehr befestigen, und daß in diesem Augenblicke nichts unwahrscheinlicher ist, als der Krieg. Dies darf indessen die Regierung nicht hindern, ihre Rüstungen fortdauern zu lassen und Frankreich in einen achtbaren Vertheidigungszustand zu versetzen; die Bewaffnung wird, wie der Präsident des Minister-Rathes es bereits angekündigt hat, nicht eher aufhören, bis auch die übrigen Mächte ihre Zurüstungen einstellen. In Betreff unserer innern Lage theile ich eben so wenig die Ansichten des vorigen Redners. Ich bestreite es, daß es auf eine Vernichtung einer ganzen Klasse der Gesellschaft abgesehen sei. In der letzten Revolution sind nur die schlechten Grundsätze bekämpft worden und das siegreiche Vaterland öffnet seitdem seine Arme allen denen, die es gut und aufrichtig mit ihm meinen." Nach dieser Einleitung vertheidigte der Redner den Gesetzentwurf gegen den ihm gemachten Vorwurf, daß er eine Ungerechtigkeit enthalte, widersetzte sich dem Antrage, den gemeinsamen Entschädigungsfonds erst nach zwei Jahren einzuziehen und stimmte für die Annahme des Entwurfes in seiner, von der andern Kammer beliebten Abfassung. Der eben erwähnte Antrag wurde auch, als es zur Abstimmung kam, fast einstimmig verworfen, und der Gesetzentwurf mit 73 gegen 21 Stimmen angenommen.

Nach einer langen Rede des Herrn Odilon-Barrot ließ sich der Graf von Lameth in der Deputirtenkammer vernehmen. Es habe, bemerkte er, eine Verschwörung bestanden und bestehe vielleicht noch, deren Zweck dahin gegangen sei, den König, die Pairs- und die Deputirten-Kammer zu stürzen; wenn man dem Gange der Begebenheiten aufmerksam folge, so ergebe sich klar, daß eine gewisse Partei den Volksgeist zu verderben suche, um zu einer Republik zu gelangen; nur dem heldenmüthigen Betragen der Nationalgarde verdanke die Regierung es, daß dieser Plan während der letzten Unruhen gescheitert sei; doch sei derselbe deshalb keinesweges aufgegeben worden; um das Ansehen des Monarchen herabzusetzen, strichen gewisse Journale täglich die Vortheile einer wohlfeilen Regierung heraus, bedächten dabei aber gar nicht, daß die Republik außer dem gewöhnlichen Budget 4000 Mill. an Gütern der Geistlichkeit und der Emigranten und zwei Drittheile der immerwährenden Rente verschlungen, daß sie die Nation mit Requisitionen, dem Maximum und gezwungenen Anleihen belegt, und endlich einen Bankerott von 10,000 Mill. gemacht habe: dies sei die vielgepriesene wohlfeile Regierung. Man wiederhole unaufhörlich, daß die Nation noch nicht in dem vollen Genusse der Freiheiten sei, die die letzte Revolution ihr verheißen habe; die Nation verlange aber nichts als die pünktliche Vollziehung der Charte; jeder Versuch, die durch sie geheiligten Freiheiten noch weiter auszudehnen, müsse nothwendig die entgegengesetzte Wirkung haben. Die Aeußerung des Redners, er glaube sich dafür verbürgen zu können, daß der König die Kammer nicht auflösen werde, indem, wenn solches geschähe, der Sturz des Thrones unvermeidlich seyn würde, erregte zu beiden Seiten der Kammer gleichen Unwillen. Während die gemäßigte Partei ausrief: So etwas dürfe man nicht sagen, bemerkte die linke Seite: Die Kammer sei das Resultat des doppelten Votums und könne daher nicht fortbestehen. Hr. von Lameth schloß mit folgenden Worten: „Die stolze Aristokratie und die neidische Demokratie sind die beiden Gewalten, die sich einander gegenüberstehen. Sache des Monarchen ist es, mit fester Hand beiden die Waage zu halten. Unlängst noch schien sich die erstere Schale zu senken; jetzt scheint die andere mehr Gewicht zu haben, und ich glaube daher, daß wir auf unserer Hut seyn müssen. Paris, wie die Provinz, hassen die Ruhestörer; überall wünscht man, daß Handel und Gewerbfleiß sich wieder heben mögen. Will man den Frieden vollkommen wiederherstellen, so muß man auch den Muth haben, allen Mißbräuchen zu steuern, alle straffälligen Schriften, woran es leider nicht fehlt, vor die Gerichte zu weisen. Noch heute behandelt ein Journal die Deputirten-Kammer mit einer Verachtung, die man nicht dulden sollte. Ich wünsche, daß die Regierung mit Nachdruck auftrete, und daß der König eben so viel Festigkeit, als Gerechtigkeit entwickele." Der Präsident des Minister-Rathes erwiederte namentlich in Bezug auf die von dem vorigen Redner berührte Frage wegen Auflösung der Kammer Folgendes: „Ich glaube, daß in dieser Beziehung Jedermann seine Meinung frei abgeben darf; die Regierung aber hat sich darüber nicht näher zu erklären. Meine persönliche Meinung ist, daß dem Lande noch höchst wichtige Gesetze fehlen, und daß bei dem gegenwärtigen finanziellen und kommerziellen Zustande Frankreichs es vor Allem nothwendig ist, das Vertrauen wiederherzustellen; dies kann aber nur durch die obigen Gesetze geschehen. Dem Könige allein steht es zu, die Kamer wieder aufzulösen; alle Fragen also, die über einen solchen Gegenstand auf dieser Rednerbühne erörtert werden, sind mindestens ungehörig.

Die Quotidienne enthält einen Aufsatz, worin das System der gegenwärtigen Regierung untersucht wird. „Man spricht uns", sagt sie, „von einer republikanischen Monarchie. Bisher hatte man an eine solche Regierungs-Form noch nie gedacht. Montesquieu bezeichnet England als diejenige Monarchie, wo das Volk sich der größten Freiheit erfreue, und Jedermann weiß, ob die Englische Verfassung von republikanischen Institutionen umgeben ist. Eine republikanische Monarchie, da man der unsrigen nun einmal den Namen giebt, muß sich, indem sie weder Monarchie noch Republik ist und zwei unverträgliche Dinge unmöglich mit einander verschmelzen kann, nothwendig einem beständigen Kreuzfeuer ausgesetzt sehen, und niemand darf sich über die jetzigen Erscheinungen wundern. Die Regierung selbst verhält sich dabei völlig passiv, während die beiden entgegengesetzten Parteien das Land zerreißen und sich Ehren und Würden streitig machen. Sobald die Regierung auf der einen Seite einen Freund gewinnt, macht sie sich auf der andern einen Feind. In diesem Augenblicke scheint es fast, als ob die Männer aus den Centris die Oberhand gewinnen wollten; an ihrer Spitze steht der Kriegs-Minister, und ihnen verdankt es die Pariser National-Garde, daß sie einen ehemaligen Adjutanten des Kaisers zum kommandirenden General erhalten hat. Will man es jetzt vielleicht mit dem Napoleonschen Systeme versuchen? Das Beklagenswertheste unter den gegenwärtigen Umständen, wo die Regierung durchaus bloß dem Namen nach besteht, ist, daß Alles, was man auch für die öffentliche Ordnung thun mag, von keinem dauernden Erfolge seyn kann. Wenn auch die Nationalgarde sich in Masse erhebt und zur Aufrechthaltung der Ruhe den unermüdlichsten Eifer beweist: nur die Wirkung hört auf, die Ursache des Uebels besteht fort und wird sich bei dem geringsten Anlasse aufs neue zeigen. Schon einmal kämpfte das demokratische Prinzip mächtig gegen das monarchische an: man wird sich der Volksmassen erinnern, die am 18ten Oktober das Palais-Royal umringten und die Entlassung der Minister verlangten. Die Regierung gab nach. Aehnliche Scenen haben sich kürzlich wiederholt. Noch einmal aber hat die Nationalgarde ihre Pflicht würdig erfüllt und der Regierung ihren Beistand geliehen. Hat diese dadurch an Kraft gewonnen? Die Verhandlungen der hiesigen Studenten mit den Herren Lafayette und Odilon-Barrot beweisen das Gegentheil. Derselbe Odilon-Barrot, der ein Organ der Regierung ist, führt sie beim Könige ein und verspricht ihnen republikanische Institutionen. Wer darf sich hiernach wundern, daß die jungen Leute den Dank der Kammer zurückweisen; sie sind populär, die Deputirten sind es nicht. Wie seltsam ist nicht das Schicksal einer Kammer, die, nachdem sie drei Königl. Geschlechter des Thrones für verlustig erklärt hat, jetzt Schülern einen Dank votirt, den diese von sich weisen! Läßt sich nicht mit Recht behaupten, die Revolution von 1830 endige damit, daß sie Frankreich in die Schule schicke? Durch das Ausscheiden der Herren Lafayette und Dupont verliert die republikanische Monarchie zwei starke Stützen; die Centra wollen sie ersetzen; in ihnen soll die Regierung ihr Heil finden. Wir wollen sehen. Mittlerweile muß es Jedermann betrüben, daß alle materielle Interessen immer mehr ihrem Ruine entgegen gehen. Ein großer Kapitalist hat berechnet, daß die aus dem Sinken des Courses der an der Pariser Börse notirten Effekten in dem Zeitraum vom 24sten Juli bis zum 20sten Dezember entstandenen Verluste sich auf 2100 Millionen Fr. belaufen. Welche schmerzliche Gefühle muß es nicht erwecken, wenn man sieht, daß ein ganzes Heer von Nationalgardisten mit Eifer und Beharrlichkeit für die öffentliche Ruhe wacht, weil es diese für die Bewahrung seiner Interessen für unumgänglich nöthig hält, und daß diese Interessen nichts destoweniger mit jedem Tage mehr verfallen. Das Uebel liegt allein in der Regierung, die statt selbst zu beschützen, sich beschützen lassen muß. Jede Regierung, welchen Namen sie auch haben mag, muß zu ihrer eignen Erhaltung Vertrauen einflößen und dasselbe rechtfertigen. Dieses Vertrauen kann aber nur unter gewissen Bedingungen bestehen, zu deren Erfüllung wir die Bonapartisten und Doctrinairs nicht geeignet halten."

Der Messager des Chambres enthält folgenden Artikel: „Die republikanische Opposition beginnt wieder die heftigsten Angriffe gegen die Deputirten-Kammer. Es würde zu weit führen, das Verdienstliche oder Verdienstlose dieser Kammer zu erörtern, wir wollen uns daher bloß an den positiven Stand der Dinge bei uns halten. Wir haben noch kein Wahlgesetz; würde die Kammer aufgelöst, so müßte die neue nach dem alten Gesetze und von denselben 80,000 Wählern gewählt werden, die man jetzt Privilegirte nennt. Das Gesetz, welches 400,000 Bürgern das Wahlrecht ertheilen soll, ist noch nicht vorgelegt; es kann nur in der gegenwärtigen Kammer erörtert werden. Wird diese aufgelöst, so giebt es kein verfassungsmäßiges Mittel mehr, dem Lande ein Wahl-Gesetz zu geben. Die Opposition erklärt aber, die Deputirten-Kammer habe das Vertrauen des Landes verloren und sey nicht von dem Geiste der Freiheit beseelt, der die Revolution des Juli bewirkt habe. Man verlangt daher andere Wahlen nach andern Principien und will nichts von der Kammer wissen, die allein das Recht und die politische Fähigkeit besitzt, ein Wahlgesetz zu votiren. Die republikanische Partei versetzt daher Frankreich in eine falsche Lage und in ein Verhältniß unauflösbarer Verwirrung, aus der man nur durch einen Staatsstreich herauskommen

konnte. Einen Staatsstreich hat man bei Gelegenheit des Prozesses der Minister Karl X. versucht; er mißlang. Jetzt verlangt man, der König solle, als eine Maaßregel für die öffentliche Wohlfahrt, selbst ein neues Wahlgesetz promulgiren. Man fühlt so gut, daß man das verfassungsmäßige Frankreich in eine monströse Lage versetzt, daß man auch nur zu einer Monstrosität räth. Oder ist etwa eine ungesetzliche und gewaltthätige Maaßregel nur eine solche, wenn sie im Sinne des Absolutismus stattfindet, wie die Verordnungen Karls X.? ist dasselbe Verfahren gut und weise, wenn es im Sinne der Freiheit beachtet wird?"

Die Revolution sagt: „In diesem Augenblicke herrscht im Palais-Royal lebhafte Aufregung wegen Abdankung des Generals Lafayette und der Stimmung der Gemüther. Man kann nicht verkennen, daß in der Nation Liebe zur Ordnung herrscht, und daß die Quelle aller Verlegenheiten der unheilvolle Weg der Deputirten-Kammer ist. Ueber diesen Punkt ist Jedermann einverstanden, weniger ist man es über die Mittel, aus dieser traurigen Lage herauszukommen. Man spricht von verschiedenen ministeriellen Zusammensetzungen, die den Zweck haben, mit der Kammer ein Ende zu machen; man schlägt vor, Herrn Casimir Perier zum Präsidenten des Minister-Raths zu machen, die Kammer aufzulösen und eine neue nach dem bestehenden Wahlgesetze zusammen zu berufen. Dieser Schritt würde nur die Schwierigkeiten, die immer wieder entstehen würden, hinaussetzen, denn offenbar würden dieselben Wähler auch dieselben Deputirten schicken, die fast alle Aemter in Frankreich zu ihrer Verfügung haben. Die zweite Combination würde darin bestehen, den Marschall Soult an die Spitze der Angelegenheiten zu stellen, alle Schwierigkeiten des Augenblicks durch einen großen Kontinental-Krieg zu beseitigen und statt der Freiheit militairischen Ruhm zu geben. Die dritte von den Patrioten angerathene Combination wäre, den General Lafayette zum Präsidenten des Minister-Raths zu ernennen und sogleich einen National-Kongreß nach dem Wahlgesetze von 1791 zusammen zu berufen, dem die Sorge übertragen würde, die Schwierigkeiten, in denen wir uns befinden, zu beseitigen."

Der Précurseur de Lyon bringt unter der Ueberschrift, „Paris und die Provinzen", folgenden Artikel: „Unser Privatbriefwechsel, so wie verschiedene andere Berichte und Zeitungen, schildern den Zustand von Paris als sehr beunruhigend; zwar seyen noch keine Ausschweifungen begangen, jedoch sey die Aufregung der Bewohner augenscheinlich. Man spreche namentlich auch von einer Verschwörung, deren Zweck die Errichtung einer Republik, und das Mittel dazu die Niedermetzelung der Pairs, der ehemaligen Minister und eines Theiles der Deputirten sey. In diesen schrecklichen Schilderungen liegt gewiß sehr viel Uebertriebenes; die Regierung ist übrigens unterrichtet und jede erforderliche Maaßregel getroffen worden; ein vom Volke geliebter König, von 60,000 National Gardisten umringt, wacht für die Ordnung in der Hauptstadt. Ueberlassen wir uns also der Hoffnung, daß unsere Revolution nicht verdorben werden und daß man unserem Ruf keine Blöße geben wird. Europa vertraut uns, Paris wird sein eigenes Werk nicht zerstören und Achtung für sich selbst haben. Käme es aber anders, so würde Frankreich seine Sache von der der Hauptstadt sogleich trennen. Es ist der Revolutionen überdrüßig. Die Provinzen wollen Frieden, sie wollen Ludwig Philipp und die Charte vom Juli. Nöthigenfalls werden wir diese kostbaren Resultate des Juli mit dem nämlichen Muthe vertheidigen, den Paris bei Eroberung derselben bewiesen hat, und, wenn es seyn muß, gegen Paris selbst. Die Pariser Arbeiter machen eben so wenig die Bevölkerung von Paris aus, als die Hauptstadt Frankreich ausmacht. An dem Fortbestehen unserer politischen Wiedergeburt ist mithin nicht zu zweifeln. Die so lebhafte Gährung in Paris findet nirgends Berührungspunkte. Wenn die Provinzen im Juli ruhig der Bewegung folgten, die von der Stadt ausging, wo sich die bekannten Ereignisse zutrugen, so geschah es, weil diese Bewegung zu einer verfassungsmäßigen Regierung führte; für die Provinzen ist die Revolution beendigt; ihr Wunsch ist die öffentliche Ordnung — ihr dringendstes Bedürfniß der Friede."

Es sind Kouriere nach Brest, Lorient und St. Malo abgegangen, um Befehle zur Versetzung dieser Häfen in Kriegsstand zu überbringen. Nach Dünkirchen, Valenciennes, Maubeuge und le Quesnoy werden 12,000 Hektoliter Weizen zur Verproviantirung dieser Orte hingeschafft.

Niederlande.

Aus dem Haag den 1. Januar. Die Staats-Courant berichtet, daß aus einem zweiten Berichte des General Dibbets aus Mastricht vom 24. d. M. die Bestätigung der frühern Nachricht hervorgehe, daß es zuerst die Insurgenten gewesen, welche gegen die Truppen der Festung Feuer gegeben, und zwar seien Erstere dabei eben so verrätherisch zu Werke gegangen, wie es bei ihren bisherigen Operationen immer der Fall gewesen, indem sie nämlich aus den Häusern, oder von Gebüschen beschützt, die Holländer beschossen hätten. Kaum eine Viertelstunde waren die Letzteren aus der Stadt entfernt, als sie auf solche Weise sich angegriffen sahen. Die 400 Mann Infanterie, aus denen, außer einer Kürassier-Schwadron, das Detaschement bestand, eröffneten sogleich, von zwei Feldstücken unterstützt, ein regelmäßiges Tirailleur-Feuer gegen die Häuser, aus denen sie auch bald den Feind in die Flucht trieben. Nachdem

das Detaschement seinen Zweck, die Rekognoscirung der Gegend, erreicht hatte, trat es seinen Rückmarsch in der vollkommensten Ordnung an.

Die Antwerpner Zeitung enthält Folgendes: „Als der Handelsstand von Antwerpen durch eine Bittschrift an den König sich gegen die Trennung von Holland erklärte, geschah das, weil wir wußten, wie sehr unsers Landes Wohlfahrt von einer Vereinigung abhing, welche aufzulösen die Bewohner der Nord-Provinzen des Reichs zu jeder Zeit wünschten. — Allerdings wollte man auch in Antwerpen einigen auffallenden Beschwerden abgeholfen und unsere bürgerlichen Rechte besser gesichert sehen. Dazu war aber keine Trennung, kein Wechsel der Dynastie nöthig, welche nur von Feinden unseres Landes oder von Personen betrieben wurden, denen die Lage, worein sie selber sich gesetzt hatten, Furcht einflößte. Dieser vollständige Umsturz alles Bestehenden war gewiß nicht erforderlich, um ein so unseliges Ergebniß herbeizuführen, welches zwar die Umtriebler und Anstifter, die Nichts zu verlieren, aber Alles zu gewinnen haben, nicht voraussagten, wohl aber alle diejenigen, welche durch Gewerbfleiß und Handel das wahre Glück und den Reichthum des Landes schufen. Die Erfahrung kommt uns jetzt schon theuer genug zu stehen. Man darf sich nicht länger täuschen, so wie wir in Antwerpen, reden auch die Städte Lüttich, Namur, Mons, Tournay, ja, das ganze Land; es ist Zeit, den Zustand verderblicher Verwirrung zu enden und zu bedenken, was uns zu thun übrig bleibt, um das Land vom vollständigen Untergange zu retten. Fragen wir nun, welches das schnellste, das sicherste und das nützlichste Mittel ist, uns zu helfen, so ist die Antwort die: den Prinzen von Oranien zu unserm Könige zu wählen, diesen Prinzen, der die Ehre nie verläugnet hat, und dem man nur den einzigen Vorwurf machen kann, daß er in der letzten Zeit sich zu schwach zeigte; durch etwas mehr Festigkeit hätte er großes Unheil abwenden können. Des Prinzen Söhne sind Belgier und berufen, ihre Brüder zu regieren; durch diesen Ausweg vermeiden wir allgemeinen Krieg, sichern uns den Schutz aller Mächte, besonders aber den von Rußland, Preußen und England, erlangen Handelstraktate mit ihnen und vermögen unsere Angelegenheiten mit Holland zur Befriedigung beider Länder zu ordnen. Es ist der Wunsch der Gutgesinnten, daß man eine Bittschrift an das Gouvernement richte und dasselbe ersuche, den Beschluß über die Ausschließung des Hauses Nassau, der ohne reife Ueberlegung und gar zu eilfertig gefaßt worden ist, noch einmal in Betrachtung zu ziehen."

Großbritannien.

London den 28. December. Die Minister wollen unmittelbar nach der am 3. Febr stattfindenden Wiederversammlung des Parlaments dem Unterhause drei interessante Fragen vorlegen. Zunächst wird Lord Althorp auf eine Bill wegen Untersagung des Tabacks-Anbaus in Irland antragen; alsdann will Sir J. Macdonald die abermalige Ernennung eines Ausschusses zur Untersuchung der Frage wegen Erneuerung des Freibriefes der Ostindischen Compagnie in Antrag bringen; endlich gedenkt Herr Spring-Rice darauf anzutragen, daß in der Stadt Galway (Irland), wo bekanntlich noch die protestantischen Einwohner besondere Vorrechte bei Parlaments-Wahlen genießen, diese Vorrechte abgeschafft und Katholiken mit Protestanten völlig gleichgestellt werden.

Die angekündigte Vermählung des Lord Falkland mit Lady Fitz-Clarence hat gestern in Brighton stattgefunden.

Die Prinzessin von Oranien K. Hoh. wird hier mit ihren Kindern erwartet.

Ein Schreiben aus Dublin vom 23. d. M. meldet die Abends zuvor im nahe gelegenen Kingstown erfolgte Ankunft des Marquis von Anglesea. Der Lord blieb die Nacht in der genannten Stadt, die bei diesem Anlaß erleuchtet wurde; am nächsten Morgen langte daselbst eine beträchtliche Anzahl von Privat-Equipagen und Reitern an, um ihn zu bewillkommnen, und um die Mittagszeit ungefähr machte er sich, unter zahlreicher Begleitung von Reitern und dem beim Einzuge eines Vice-Königs üblichen Militair, auf den Weg nach Dublin. Er selbst ritt in einfacher bürgerlicher Kleidung und sah sehr wohl aus. Von Vielen ward er herzlich begrüßt, die Menge aber schwieg, und theilweise hörte man den Ruf: „Schmutziger Doherty! Nieder mit Doherty!" An einigen Orten am Wege sah man Anschlagzettel mit schwarzen Rändern und der Inschrift: „Keine Prozession, — keine Prozession; die Freunde Lord Harty's und des Ober-Richters Doherty bewillkommnen den Lord-Lieutenant." Auf andern Anschlagzetteln las man: „Freunde Irlands, O'Connells und der Union, bleibt zu Hause." Es gab indessen auch welche mit den Worten: „Willkommen, Anglesea, Beschützer Irländischer Fabriken." In Dublin selbst sah man weniger Menschen auf den Straßen, als früher bei ähnlicher Gelegenheit. Die Ausrufe des Mißfallens kamen zwar nur von Menschen der niedrigsten Klasse her, indessen war der Empfang des Marquis im Ganzen nichts weniger, als schmeichelhaft. Nach seiner Ankunft im Schloß legte er im Geheimen-Rath seinen Eid als Lord-Lieutenant von Irland ab. Allgemein ist man der Meinung, daß ohne die Ernennung des Herrn Doherty man den neuen Vice-König ganz anders empfangen haben und er selbst besser im Stande gewesen seyn würde, das aufgeregte Irland zu beruhigen.

Der Courier meldet mit Bedauern, daß die öffentliche Stimmung in Irland nichts weniger, als günstig sei. Er befürchtet, daß der Marquis von Anglesea, obgleich der Unterstützung aller Wohlge-

tinnten und Unionisten gewiß, an der Administration jener Insel eine schwierige Aufgabe übernommen habe, indem der größere Theil des Volkes, in Folge hochverrätherischer Aufregungen, vom Revolutions-Schwindel ergriffen sei.

Der Herzog Karl von Braunschweig liegt verwundet in Metz. Im Westende von London geht das Gerücht von einer Curatel, die über ihn geführt werden soll. Der Kanzlei-Direktor Bitter und der französische Adjudant Alavar leben fortwährend auf des Herzogs Karl Rechnung.

Privatbriefen aus Paris zufolge, soll der Exminister Polignac in dem öden Fort St. Michel in Haft gehalten werden. Es liegt auf einem vom Meere umspülten Felsen, an der Küste der Normandie, und pflegte bisher nur von Einsiedlern und Schmuglern bewohnt zu werden.

Im Allgemeinen läßt sich auf die Frage, was wir bei unserer Neutralität im Falle eines Kontinental-Krieges gewinnen würden, nur günstig antworten. Die Belgischen Unruhen und die neueste Veränderung der Dinge in Frankreich haben bereits eine vermehrte Nachfrage unserer Fabrikate in verschiedenen Welt-Gegenden und namentlich in den Ver. Staaten zur Folge gehabt. Ueberdies würden im Falle eines Kontinentalkrieges unsere Landsleute, die jetzt in allen Theilen des Kontinents umherschwärmen, insgesammt heimkehren. Wie bedeutend aber dadurch dies Land gewinnen dürfte, möchte sich am Besten daraus ergeben, daß man vor der Französischen und Belgischen Revolution die Summe, welche die reisenden Engländer auswärts verzehrten, auf nicht weniger, als 7 bis 8 Millionen angeschlagen hat.

Das Hof-Journal erklärt, daß nichts von dem, was die Times und die Morning-Chronicle über die Konferenzen in Bezug auf Belgien berichtet, aus amtlicher Quelle geflossen sei; nur der eine Umstand, daß die Unabhängigkeit Belgiens unter der Bedingung anerkannt worden, daß es eine monarchische Regierung bilde, sei gegründet. Was die Erwählung des Prinzen Leopold von Sachsen-Koburg zum Könige von Belgien und seine Vermählung mit einer Tochter des Königs der Franzosen betreffe, so sei davon zwar in den Konferenzen die Rede gewesen, doch nichts darüber entschieden worden. Dasselbe Journal erwähnt endlich eines Argwohns, der gegen den Französischen Kommissarius, Hrn. Bresson, obgewaltet, und zwar als stände er ohne Mitwissen seines Englischen Kollegen in geheimer Verbindung mit der provisorischen Regierung von Brüssel; inzwischen sei dieser Argwohn jetzt beseitigt worden, und das beste Vernehmen bestände unter den Kabinetten von Frankreich und Großbritanien. — Andere Blätter fügen diesen Angaben noch hinzu, daß der Prinz Leopold dem Gerücht von seiner Erhebung zum Könige von Belgien überall zu widersprechen suche. Der Prinz lebe mit Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen von Oranien auf dem vertrautesten, freundschaftlichsten Fuße und habe bereits, so wie es auch bei Hofe von vielen anderen Seiten geschehen wäre, ihm zu Ehren mehrere Feste veranstaltet.

Der Courier spricht mit Bezug auf die letzten Vorgänge in Paris die Hoffnung aus, daß die Sache der Ordnung den Sieg davon tragen werde. „Es kann," fügt er hinzu, „nichts so wünschenswerth für uns seyn, als ein recht freundschaftliches Vernehmen mit Frankreich. Sobald sich jedoch dort die geringste Anarchie bemerklich macht, würde jeder achtbare Britte es für eine Schande ansehen, wenn seine Regierung auf einem vertrauten Fuße mit den Französischen sich befände; die Furchtsamen aber in England, die es sich einmal in den Kopf gesetzt, daß Religion und Eigenthum von den einheimischen Radicals bedroht seien, würden von Unruhe erfüllt werden, wenn zu einer Zeit, da beide Regierungen scheinbar in freundschaftlichem Vernehmen mit einander stehen, der Geist der Anarchie in Frankreich die Oberhand gewönne."

Aus Preston schreibt man unterm 24. d. M.: Der denkwürdige Kampf für die Parlaments-Repräsentation dieses Burgfleckens endigte sich mit der in üblicher Form vollzogenen Erwählung des Herrn Hunt. Die Bekanntmachung dieser Wahl wurde vom Volk mit betäubenden Beifallsbezeugungen aufgenommen.

In Madrid erregte im Schauspielhause die Erscheinung eines Französischen Generals mit der weißen Cocarde ein allgemeines Murren und Auspfeifen, das einige Minuten währte und um so merkwürdiger war, da auf Zeichen des Mißfallens, selbst über Schauspieler, zweijährige Galeerenstrafe steht. In Paris will man wissen, Vic. v. St. Priest, gewesener Botschafter Karls X. in Madrid, jetzt Herzog v. Almazan und Spanischer Grande, habe auf immer mit seinem Vaterlande gebrochen, indem er vom Könige Ferdinand sich eine der reichsten Johanniter-Comthureien schenken lassen. — Der Gang der allgemeinen Politik bei den Europäischen Cabinetten, für das Madrider unerwartet, hatte es bewogen, die jüngst befohlne Truppen-Aushebung im Königreiche wieder abzubeordern.

In der Capstadt sollte am 9. Okt. eine öffentliche Versammlung stattfinden, um wider die Fortdauer des Freibriefes der Ostindischen Compagnie beim Parlament einzukommen. Der Wallfischfang auf der Küste war sehr gut ausgefallen, er hatte 38 Fische, 100,000 Rthlr. werth, geliefert; auch versprach man sich von dessen fernern Betriebe eine immer genauere Kenntniß der Baien, Buchten und Häfen des Landes.

Neu-Yorker Zeitungen vom 2. d. M. melden aus Columbien, daß die in Carthagena gehegte böse Ahnung wegen des Anrückens Venezuelanischer Truppen nicht ohne Grund gewesen, und ein Treffen zwischen Bolivars Truppen und den Einwohnern von Rio de la Hacha vorgefallen sei, in welchem die ersteren gesiegt, und, wie man glaubte,

(ja, wie es scheint, unter seiner Anführung,) auf Maracaibo vorgehen würden.

Spanien.

Madrid den 17. December. Der neue Franz. Gesandte, Hr. v. Harcourt, wird mit jedem Augenblicke hier erwartet. Dem Gerücht zufolge, dürfte eine seiner ersten diplomatischen Verhandlungen darin bestehen, unserer Regierung einen Vertrag vorzuschlagen, dem zufolge dieselbe 4000 M. Linientruppen stellen solle, um die Franz., in Algier befindliche Armee damit zu verstärken. Frankreich würde dagegen an Spanien, während der ganzen Zeit, wo diese Truppen dort gebraucht werden, eine Summe von 4 Mill. Frs. zahlen, d. h. so, daß die 4 Mill. Frs., welche Spanien an Frankreich, als Rückzahlung des Capitals und für die Interessen der eingetragenen Schuld von 80 Mill. Frs., zahlt, davon abgerechnet würden. Der Unterhalt der Truppen in Algier würde natürlich auf Kosten Spaniens bestritten werden. Der Vertrag soll indeß nicht eher abgeschlossen werden, als bis England seine Zustimmung dazu gegeben hat.

Deutschland.

Vom Main den 3. Januar. Der Geheimerath v. Schelling hatte, aus eigenem Antriebe, sämmtliche Studirende in München zu einem Vortrage eingeladen, und, in Folge dessen, vor ihnen eine Geist und Herz ergreifende, durch oftmaliges wiederholtes Lebehoch unterbrochene, Rede gehalten. Der Saal und dessen Zugänge waren gedrängt voll, so daß etwa 700 Studirende seine Worte unmittelbar aus seinem Munde vernehmen konnten. Unter den 1952 Studirenden befinden sich nur 215 Ausländer. — Von Regensburg eingelaufenen Nachrichten zufolge, hat es auch dort einige ordnungswidrige Auftritte gegeben.

Vermischte Nachrichten.

Berlin den 6. Januar. Aus Köln vom 1. Jan. wird gemeldet: Die schon seit längerer Zeit hier mit Sehnsucht erwartete Ankunft des Prinzen Wilhelm K. H., so wie Höchstdessen Frau Gemahlin und Familie K. H., fand gestern am 31. December statt. Die Stadt war zur Feier dieses höchst erfreulichen Ereignisses, das wir der Huld des geliebten Landesvaters verdanken, festlich erleuchtet. Vor Allem schön strahlte der Krahn des Domes und warf seine Strahlen weit hin über die Stadt und Umgegend. Auch die Hauptpunkte am Rheinufer waren erleuchtet und Fackeln längs des ganzen Ufers angezündet. In der Stadt selbst zeichneten sich die Börse und mehrere Privathäuser aus. Eine große Menge Menschen durchzog die Straßen, aber keine Unordnung oder Unglücksfall störte die Feier des schönsten Tages, den die Bürger von Köln seit längerer Zeit erlebt haben. Am folgenden Tage, den 1. Januar, geruhten Se. Königl. Hoheit der Prinz nebst Hochdero Frau Gemahlin und Familie dem Gottesdienste in der Garnisonkirche beizuwohnen. Hierauf war bei Höchstdenselben Gratulationscour des hier versammelten Officier-Corps, und am Abend um 6 Uhr wurden die Mitglieder der hiesigen Königlichen Regierung, des Appellations-Gerichtshofes, der Provinzial-Steuer-Direction, des Landgerichtes und der städtischen Verwaltung JJ. KK. HH. vorgestellt. JJ. KK. HH. geruhten, dieselben auf das huldvollste zu empfangen und sich auf das herablassendste mit ihnen zu unterhalten. — Morgen, am 2. Jan., wird auf dem Neumarkte die Parade der gesammten hiesigen Garnison vor Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen General-Gouverneur statthaben.

Die allg. Preuß. Staatszeitung enthält in ihren letzten Nummern einen ausführlichen Aufsatz, überschrieben: „Aus den Rheinlanden eingesandt", in welchem die, vor einiger Zeit von Französischen Blättern aufgestellte Behauptung: „Frankreich brauche nur ein geringes Truppencorps in „die Preußischen Rheinlande zu senden, um diese „Provinzen für sich zu gewinnen, indem die Rheinländer mit Freuden diese Gelegenheit ergreifen „würden, um sich von dem Drucke der Preußischen „Herrschaft zu befreien" — eine Behauptung, worin, nach dem Einsender, „eine Beschuldigung für die Preuß. Regierung, und, wenn diese unwahr ist, eine Beschimpfung für die Rheinlande liegt," in ihrer Nichtigkeit dargestellt und „den Franzosen gezeigt wird, welcher Art die Liebe sey, die sie sich während ihrer zwanzigjährigen Regierung in den Rheinlanden erworben, und welchen Werth sie demnach auf diese, von ihren Zeitschriften aufgestellte Meinung zu legen haben."

Schloß Reisen im Großherzogthum Posen den 8. Januar 1831.

Ihre Durchlaucht die verwittwete Frau Fürstin Ordinatin Carolina Sułkowska, geborne Gräfin von Bubna und Littitz, ist an Alterschwäche und Abzehrung in ihrem 72sten Lebensjahre am 7. Januar d. J. Abends, sanft und ruhig verschieden.

Bekanntmachung.

Auf höheren Befehl werden sämmtliche Hausbesitzer aufgefordert:

wenn sie des Abends die Hausthüren schließen, den Schlüssel während der ganzen Nacht inwendig im Schlosse zu lassen, damit das im Hause befindliche Militair jeden Augenblick, wenn es nöthig wird, das Quartier verlassen kann.

Jedem Wirthe steht es übrigens frei, entweder seine Einquartierung mit einem Hausschlüssel zu versehen, oder die Hausthüre gar nicht zu verschließen.

Posen den 4. Januar 1831.

Königliches Polizei-Direktorium der Stadt und des Landkreises Posen.

Bekanntmachung.

Die den Peter Warlinskischen Erben gehörige, bei Murowana-Goslin belegene Kleine Pila-Mühle, soll vom 1sten Januar 1831 bis dahin 1832 öffentlich an den Meistbietenden verpachtet werden.

Es ist hierzu ein Termin auf den 15ten Januar c. Vormittags um 10 Uhr vor dem Landgerichts-Rath Helmuth in unserm Partheien-Zimmer angesetzt, zu welchem wir Pachtlustige mit dem Bemerken einladen, daß die Bedingungen jederzeit in unserer Registratur eingesehen werden können.

Posen den 20. December 1830.

Königl. Preußisches Landgericht.

Subhastations-Patent.

Das im Fraustädtschen Kreise, im Dorfe Nieder-Zedlitz sub Nro. 17. belegene, dem Gottfried Pätzold zugehörige Bauergut, welches auf 920 Rthlr. gewürdigt worden ist, soll Schuldenhalber öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden, und es ist ein Bietungs-Termin auf

den 30sten April 1831,

vor dem Herrn Landgerichts-Rath Molkow Morgens um 9 Uhr allhier angesetzt.

Besitzfähigen Käufern wird dieser Termin mit der Nachricht bekannt gemacht, daß in dem Termin das Grundstück dem Meistbietenden zugeschlagen, und auf die etwa nachher einkommenden Gebote nicht weiter geachtet werden soll, insofern nicht gesetzliche Hindernisse eine Ausnahme zulassen.

Uebrigens steht bis 4 Wochen vor dem Termine einem Jeden frei, uns die etwa bei Aufnahme der Taxe vorgefallenen Mängel anzuzeigen. Die Taxe kann zu jeder Zeit in unserer Registratur eingesehen werden.

Fraustadt den 6. December 1830.

Königl. Preuß. Landgericht.

Bekanntmachung.

Zur Verpachtung des im Schubiner Kreise bei Exin belegenen adelichen Guts Turzyn auf drei Jahre, von Johannis 1831 bis dahin 1834, stehet ein Termin auf

den 1sten Februar 1831,

Vormittags um 10 Uhr in hiesiger Gerichtsstelle vor dem Herrn Landgerichts-Assessor Giseke an, zu welchem Pachtliebhaber eingeladen werden.

Bromberg den 20. December 1830.

Königl. Preuß. Landgericht.

Bekanntmachung.

Es wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß nach dem am 8ten Oktober v. J. vor uns errichteten Ehevertrage, zwischen dem Königlichen Preußischen Kapitain und Compagnie-Chef des 19ten Infanterie-Regiments, Herrn Carl August Görke, und der Frau Josepha, geschiedenen Knorr, gebornen Preminska, die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ihrer künftigen Ehe ausgeschlossen ist.

Posen den 7. Januar 1831.

Königl. Preuß. Friedens-Gericht.

Frischen, großkernigen Astrachanschen fließenden Caviar, mit Sanitäts-Attesten sowohl von der Quelle als von der Preußischen Grenze versehen, erhielten und verkaufen billig

Gebrüder Bassalli, Breslauerstraße.

Zwei braune Wagenpferde (Langschwänze) stehen billig zum Verkauf, das Nähere hierüber Wasserstraße No. 176. bei Herrn Heitmann.

Auf meinem Speicher nehme ich auch dies Jahr Getreide auf Schüttung an, von jetzt bis Johanni gegen 2 sgr. Lagergeld für's Viertel, worin die Kosten für's Umarbeiten und die Versicherung gegen Feuersgefahr mitbegriffen sind.

Posen den 3. Januar 1831.

Friedrich Bielefeld, Markt Nr. 45.

Breite-Straße No. 118. a. sind zwei vordere große Stuben in der zweiten Etage — auch eine Stube mit Alkoven in der dritten Etage, von Ostern zu vermiethen. Zu beiden Wohnungen sind Küchen, Keller und Holzkammern.

Valentin Wroniecki.

Börse von Berlin.

Den 8. Januar 1831.	Zins-Fuſs.	Preuſs. Cour. Briefe	Preuſs. Cour. Geld.
Staats-Schuldscheine	4	$86\frac{5}{8}$	$86\frac{1}{2}$
Preuss. Engl. Anleihe 1818	5	—	96
Preuss. Engl. Anleihe 1822	5	—	$94\frac{1}{2}$
Preuss. Engl. Obligat. 1830	4	80	$79\frac{1}{2}$
Kurm. Oblig. mit lauf. Coup.	4	—	$84\frac{3}{8}$
Neum. Inter. Scheine dto.	4	—	$84\frac{1}{4}$
Berliner Stadt-Obligationen	4	$88\frac{1}{2}$	88
Königsberger dito	4	$88\frac{1}{2}$	—
Elbinger dito	$4\frac{1}{2}$	92	—
Danz. dito v. in T.	—	—	$35\frac{1}{2}$
Westpreussische Pfandbriefe	4	$86\frac{1}{2}$	86
Grossherz. Posensche Pfandbriefe	4	—	$87\frac{3}{4}$
Ostpreussische dito	4	—	$91\frac{1}{2}$
Pommersche dito	4	$102\frac{1}{4}$	$101\frac{3}{4}$
Kur- und Neumärkische dito	4	$101\frac{1}{2}$	101
Schlesische dito	4	—	$100\frac{1}{2}$
Rückstands-Coup. d. Kur- u. Neumark	—	58	—
Zins-Scheine der Kur- und Neumark	—	59	—
Holl. vollw. Ducaten	—	18	—
Neue dito	—	—	$19\frac{1}{2}$
Friedrichsd'or	—	$12\frac{5}{6}$	$12\frac{1}{2}$
Disconto	—	4	5
Posen den 10. Januar 1831.			
Posener Stadt-Obligationen	4	91	—